Zeitschrift: Regio Basiliensis: Basler Zeitschrift für Geographie

Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches

Institut der Universität Basel

Band: 39 (1998)

Heft: 2

Artikel: Wirtschaftswandel in der Nordwestschweiz: Dynamik und

wirtschaftsgeographische Aspekte

Autor: Strassman, Renato / Standke, Oliver DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1088485

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirtschaftswandel in der Nordwestschweiz: Dynamik und wirtschaftsgeographische Aspekte

Renato Strassmann und Oliver Standke

Zusammenfassung

Dieser Artikel thematisiert die Dynamik der Beschäftigung, der Branchen sowie der Teilzeitarbeit in der Nordwestschweiz. Als Datengrundlage dienen Daten der Betriebszählungen von 1991 und 1995. Zur Analyse und Visualisierung kamen u.a. Geographische Informationssysteme (GIS) zum Einsatz. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die allgemein zu beobachtenden Prozesse der wirtschaftlichen Transformation auch in der Nordwestschweiz abzeichnen.

1 Voraussetzungen und Begleiterscheinungen des Strukturwandels

Die Ende des 19. Jahrhunderts eingeführte industrielle Massenfertigung wird als erste industrielle Revolution bezeichnet. Charakteristisch waren im Bereich der Produkteorganisation u.a. die Massenfertigung homogener Produkte zur Senkung der Stückkosten, die umfassende Mechanisierung der Produktion (Fliessband) sowie die Haltung grosser Lagerbestände. Die Globalisierung mit verschärftem Standortwettbewerb, teilweise gesättigte Märkte und neue Konsumorientierungen der "postindustriellen" Gesellschaft führten zu einer "zweiten industriellen Revolution" mit einer Schwerpunktverschiebung von der Massenproduktion zu einer flexiblen Produktion und Spezialisierung. Kennzeichnend hierfür sind Kleinserien-

Adresse der Autoren: Dipl.-Geogr. Renato Strassmann, cand. geogr. Oliver Standke, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Webergasse 34, CH-4005 Basel oder Abteilung Humangeographie/Stadt- und Regionalforschung, Departement Geographie, Universität Basel, Klingelbergstr. 16, CH-4056 Basel

fertigungen von innovativen, in der Regel technologieintensiven Produkten mittels hochflexibler Produktionstechnologien. Diese erlauben es, das Produktsortiment und den Produktionsprozess kurzfristig umstellen zu können. Das daraus resultierende "schlanke" Unternehmen kombiniert die Vorteile der handwerklichen Fertigung und der Massenfertigung, indem es die hohen Kosten der ersteren und die Starrheit der letzteren vermeidet (*Schätzl* 1996, 206).

Durch den Übergang zur flexiblen Produktion und zum "schlanken" Unternehmen ergeben sich einige grundlegende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur:

- Bei der schlanken Produktion werden weniger Ressourcen eingesetzt als bei der Massenfertigung. Dies führt zu einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit (*Rifkin* 1996, 123). Waren beispielsweise 1980 19,6 Millionen in der OECD ohne Arbeit, so belief sich diese Zahl 1995 auf 36.5 Millionen (*OECD* 1996).
- 2. Es wird v.a. mit einer Abnahme der in Grossbetrieben Beschäftigten gerechnet, demgegenüber wird eine Zunahme der in Klein- und Mittelbetrieben Arbeitenden erwartet. "Die von aussen und zentral gesteuerten Organisationsmaschinen des Industriezeitalters werden abgelöst durch lockere, prozesshafte, sich selbst entwickelnde, d.h. bionische Netzwerke von Beziehungen zwischen kleinen, unternehmerisch autonomen Teams" (*Lutz* 1997, 130).
- 3. Vom Beschäftigungsabbau dürften insbesondere Branchen mit standardisierter Massenproduktion und dem damit einhergehenden Rationalisierungspotential betroffen sein; dazu gehören etwa die Chemie, der Maschinenbau und das Kreditgewerbe. Demgegenüber dürften die Beschäftigtenzahlen in arbeitsintensiven Branchen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Unterrichtswesen und den Persönlichen Dienstleistungen steigen. Auch im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen muss im Rahmen des Strukturwandels von einer Beschäftigungszunahme ausgegangen werden. Diese Branche profitiert von den Auslagerungen der Grossbetriebe, dem steigenden Bedarf an Forschung und Entwicklung (zur Erhöhung der Produktivität und Wertschöpfung), der räumlichen Streuung der Produktionsanlagen im Rahmen der Globalisierung sowie der Produktedifferenzierung, die immer hochspezialisiertere Fertigkeiten erfordert (Sassen 1996, 76).
- 4. Aufgrund flexibler Produktion und instabiler Absatzmärkte wird eine steigende Anpassungsfähigkeit von den Arbeitnehmern gefordert, welche sich in zeitlich befristeter Arbeit, Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeiten äussert (Sassen 1996, 139). So gehen viele US-amerikanische Unternehmen dazu über, ihre Belegschaft in ein Zwei-Stufen-System einzugliedern. Eine Stammbelegschaft von Dauer- und Vollzeitbeschäftigten wird verstärkt durch Teilzeit- und Zeitbeschäftigte (Rifkin 1996, 134).

2 Abgrenzung und Wirtschaftsstruktur des Untersuchungsgebietes

In der Folge wird ansatzweise untersucht, inwiefern diese Trends auf die Nordwestschweiz zutreffen. Diesen Teil der Schweiz als Untersuchungsraum zu wählen, drängt sich auf, weil es sich um einen einheitlichen Wirtschaftsraum handelt und weil der Gebietsausschnitt Vergleiche mit der "Regio Wirtschaftsstudie" zulässt. Ausserdem ist der Begriff der Nordwestschweiz stark in der Öffentlichkeit verankert. In der Untersuchung werden die Sektoren II und III im Zeitraum von 1991 bis 1995 betrachtet, als Grundlage dienen die Daten der Betriebszählung.

Die Betriebsgrössenstruktur der Nordwestschweiz wird massgeblich von Kleinund Mittelbetrieben mit weniger als 100 Beschäftigten geprägt. So gehören 1995 80 % oder 13 600 Betriebe zu den Arbeitsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten, jede vierte Arbeitsstätte (6 670 Betriebe) umfasst lediglich einen Beschäftigten. Demgegenüber verfügen nur 0.7 % der Arbeitsstätten (164 Betriebe) über mehr als 200 Beschäftigte. Diese Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass 1995 41.5 % bzw. 126 406 der Angestellten in Betrieben mit über 100 Beschäftigten tätig sind, dass also die Grossbetriebe insbesondere für den Arbeitsmarkt der Nordwestschweiz von zentraler Bedeutung sind. Sie sind nicht zuletzt Abnehmer der Erzeugnisse der Klein- und Mittelbetriebe. Im Branchenspektrum der Nordwestschweiz dominieren die Chemische Industrie mit 32 626 Beschäftigten (10.7 %), das Gesundheits- und Sozialwesen mit 31 180 Beschäftigten (10.2 %),

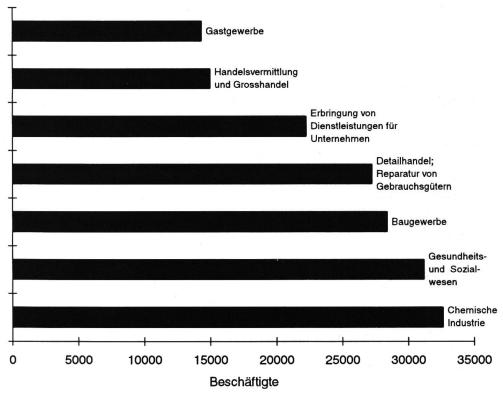


Abb. 1 Die sieben bedeutendsten Wirtschaftszweige der Nordwestschweiz 1995. Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, eigene Berechnungen

das Baugewerbe mit 28 390 Beschäftigten (9.3 %), der Detailhandel und die Reparatur von Gebrauchsgütern mit 27 254 Beschäftigten (8.9 %) sowie die Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen mit 22 233 Beschäftigten (7.3 %) (vgl. Abb. 1).

Differenziert nach Wirtschaftssektoren kann festgehalten werden, dass 108 496 Beschäftigte im Sektor II arbeiten sowie 196 014 im Sektor III.

Räumlich gesehen liegen die Arbeitsplatzschwerpunkte der Nordwestschweiz in der Umgebung von Basel, im Rhein-, Ergolz-, Waldenburger- und Laufental. Neben der Stadt Basel treten insbesondere die östlich angrenzenden Gemeinden sowie die Bezirkshauptorte der Nordwestschweiz als Beschäftigungsschwerpunkte in Erscheinung. Als wichtige Standortfaktoren sind die naturräumlichen Gegebenheiten (Talstrukturen) sowie die grösseren Verkehrsachsen anzuführen (vgl. Abb. 2).

3 Resultate

Zwischen 1991 und 1995 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Nordwestschweiz um 19 628 (6.1 %) ab. Die Gewichtung hat sich dabei räumlich zugunsten des Baselbiets und der Region Rheinfelden/Laufenburg verschoben. Der relative Beschäftigungsrückgang in der Nordwestschweiz wird dabei stark geprägt durch die Entwicklung im Kanton Basel-Stadt, wo die Zahl der Beschäftigten allein um 13 478 oder 7.8 % abnahm (*Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft* 1997, 2).

Parallel dazu war zwischen 1991 und 1995 in der Nordwestschweiz eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Betrug die Arbeitslosenquote 1991 noch 1.4 % (Schweiz 1.3 %), so nahm die Zahl der Arbeitslosen bis 1995 um 5 934 auf 3.6 % (Schweiz 4.2 %) zu. Die höchste Arbeitslosenquote mit 4.8 % (oder 4 929 Arbeitslose) wurde 1995 im Kanton Basel-Stadt registriert, gefolgt vom Kanton Basel-Landschaft mit 3.2 % (3 944 Arbeitslose). Die Teilgebiete des Kantons Aargau sowie des Kantons Solothurn wiesen Werte von 2.3 % (647 Arbeitslose) respektive 1.7 % (236 Arbeitslose) auf.

Betrachtet man die Veränderung der prozentualen Anteile der einzelnen Arbeitsstättengrössen an der Gesamtbeschäftigung in den Jahren 1991 und 1995, so stellt man fest, dass der Arbeitsplatzabbau vor allem in den Grossbetrieben stattgefunden hat. Bei den Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten erfolgte ein Abbau von 1.6 % bzw. 11 223 Beschäftigten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Grossfirmen zu kleineren beweglicheren Einheiten umgewandelt werden, welche flexibler auf Marktänderungen reagieren können. Demgegenüber konnten insbesondere die Arbeitsstätten bis 50 Beschäftigte einen Bedeutungsgewinn verzeichnen. Am stärksten war die Zunahme im Bereich der Arbeitsstätten mit einem Beschäftigten; bestanden 1991 5 764 Arbeitsstätten dieser Grösse, so waren es 1995 6 670 (+16 %). Damit kann in der Nordwestschweiz wie in vielen anderen Regionen eine Gründungswelle beobachtet werden. Die neuen Einzelunternehmen sind häufig nach den Regeln des "neuen Handwerks" tätig, d.h. sie entwickeln ihre Produkte nach den Wünschen der Kunden und sind dabei in ein Netzwerk mit Lieferanten

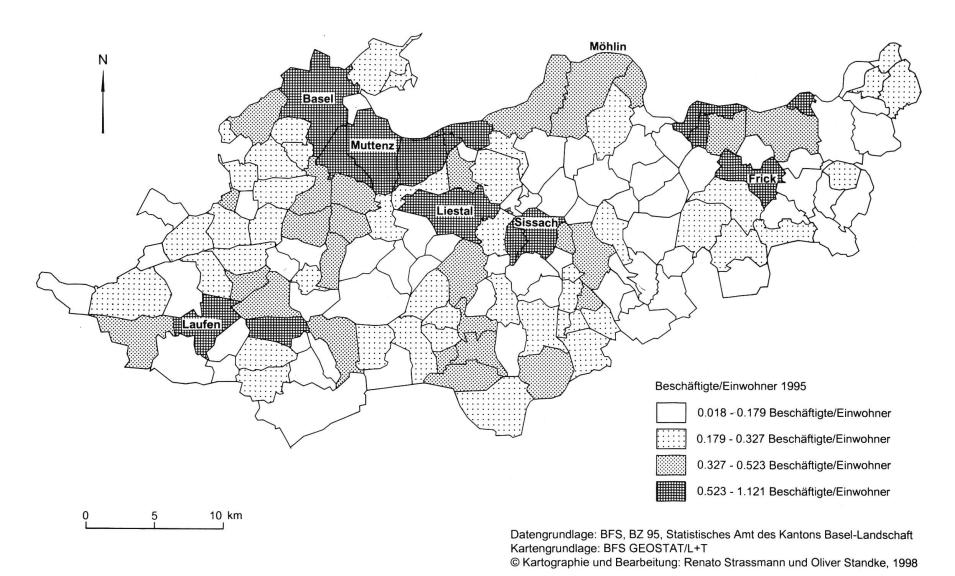


Abb. 2 Beschäftigte pro Einwohner nach Gemeinden der Nordwestschweiz 1995.

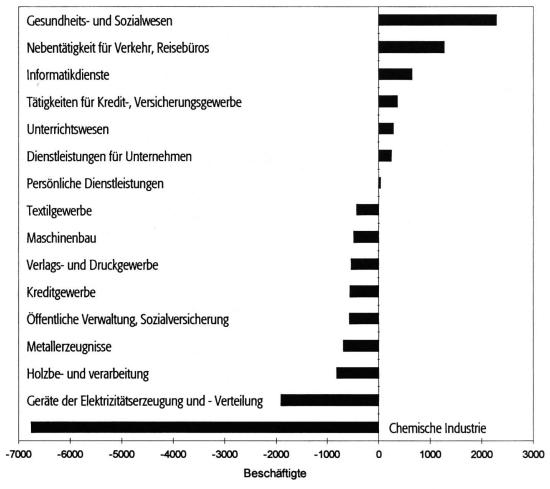


Abb. 3 Veränderung der Beschäftigtenzahlen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen zwischen 1991 und 1995.

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, eigene Berechnungen.

eingebunden. Hier zeichnen sich Tendenzen einer nachindustriellen Phase ab, die einen grundlegend anderen Erwerbsstil und Arbeitsmarkt mit sich bringen wird (*Lutz* 1997, 130 ff.). Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der Arbeitsstätten in der Nordwestschweiz um 2.6 %, von 24 557 im Jahre 1991 auf 25 204 im Jahre 1995.

Bei der Beschäftigungsentwicklung nach ausgewählten Branchen fällt auf, dass insbesondere die Branchen des II. Sektors an Bedeutung verloren. Dies ist auf ihr grösseres Rationalisierungspotential gegenüber dem III. Sektor zurückzuführen. Am stärksten war der Arbeitsplatzabbau in der Chemischen Industrie. Zwischen 1991 und 1995 wurden hier 6 750 Beschäftigte abgebaut. Dies entspricht einem relativen Verlust von 17.1 %. Innerhalb des III. Sektors war der Beschäftigungsrückgang im Kreditgewerbe am grössten. Hier sank die Zahl der Arbeitnehmer zwischen 1991 und 1995 um 561 bzw. -5.2 % (vgl. Abb. 3).

Sowohl die Chemische Industrie als auch die Finanzdienstleistungen stellen standardisierte Massenprodukte her, bearbeiten einen gesättigten Markt und sind verstärkt der Globalisierung ausgesetzt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, weisen die beiden Branchen vergleichbare Strategien auf.

So fusionierten 1996 die Chemiefirmen Sandoz und Ciba zur Novartis. Im Zuge der Konzentration auf die Kernbereiche Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft erfolgte die Ausgliederung der Konzerne Clariant und Ciba Spezialitätenchemie. Durch den zusätzlichen Abbau von 4 600 Stellen (1 700 davon in der Schweiz) konnte der Personalbestand der Novartis von 130 000 Anfang 1996 auf 90 000 Ende Februar 1997 reduziert werden (*Hegglin* 1997).

Im Bereich der Finanzdienstleistungen haben sich 1997 die Union Bank of Switzerland und der Schweizerische Bankverein zur United Bank of Switzerland (UBS) zusammengeschlossen. Die UBS konzentriert sich auf die wohlhabende Privatkundschaft und auf finanzkräftige Unternehmen. "Der neue Konzern wird nach dem Zusammenschluss 56 000 MitarbeiterInnen beschäftigen. Über die nächsten drei bis vier Jahre werden davon insgesamt 13 000 Stellen abgebaut, davon 7 000 in der Schweize" (Schweizerische Bankgesellschaft & Schweizerischer Bankverein 1997). Die Umstrukturierungsprozesse der Grossbanken werden in den kommenden drei Jahren zu einem Abbau von mindestens 3 % der Arbeitsplätze in der Nordwestschweiz führen (Füeg 1997, 81).

Von den Auslagerungen der Grossbetriebe konnten andere Branchen profitieren. So kam es bei der Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen zu einer Zunahme der Beschäftigten von 248 oder 1.1 %, bei den Tätigkeiten für das Kreditund Versicherungsgewerbe zu einer Zunahme von 360 oder 105 %; bei den Informatikdiensten stieg die Zahl der Beschäftigten um 33 % oder 645 Beschäftigte.

Mit 2 282 Beschäftigten (+7.9 %) verzeichnet das Gesundheits- und Sozialwesen die absolut stärkste Zunahme; diese dürfte auf das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung sowie auf das geringe Rationalisierungspotential in der Medizin zurückzuführen sein. Auch die arbeitsintensiven Branchen Unterrichtswesen (+280 Beschäftigte) und Persönliche Dienstleistungen (+29 Beschäftigte) verzeichnen Zunahmen bei den Beschäftigten.

Damit findet man – wie in den Arbeitshypothesen vermutet – einen Beschäftigungsabbau in Branchen mit standardisierten Massenprodukten. Hier haben die Erscheinungen des Strukturwandels, wie Fokussierung auf das Kerngeschäft, Verringerung der Fertigungstiefe, Auslagerung ganzer Unternehmensbereiche in Form neuer, teils ebenfalls global tätiger Firmen, zu einem beträchtlichen Arbeitsplatzabbau geführt. Demgegenüber ist in arbeitsintensiven Branchen mit geringem Rationalisierungspotential eine Arbeitsplatzzunahme zu verzeichnen. Auch im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen stieg die Zahl der Arbeitsplätze. Unter anderem lässt sich dies auf das "out-sourcing" von Unternehmensaktivitäten zurückführen.

Beim Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung lässt sich für die Nordwestschweiz eine Zunahme von 22.8 % im Jahre 1991 auf 24.7 % im Jahre 1995 feststellen. Dies entspricht einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigten im genannten Zeitraum um 1 184 auf 75 136 Personen. Auch bezüglich der Flexibilisierung der Arbeitszeit sind in der Nordwestschweiz Veränderungen zu beobachten: "Entgegen dem Säbelrasseln von Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern hat sich offenbar bei den Sozialpartnern in kleinen und mittleren Unternehmen die Erkenntnis durchgesetzt, dass dann gearbeitet werden muss, wenn Arbeit da ist. Dies bezieht sich sowohl auf die wöchentliche und monatliche Zahl der Arbeitsstunden, die entsprechend flexibel gehandhabt wird, wie teilweise auch auf das Ansetzen von

Samstags- und Feiertagsarbeit mit entsprechender Kompensation durch Ferientage zu einem günstigen Zeitpunkt. Auffällig ist ferner, dass sehr viele Temporärmitarbeiter eingesetzt werden" (*Probst* 1997).

4 Synthese und Ausblick

Wesentliche allgemeine wirtschaftsgeographische Entwicklungstendenzen werden durch die Resultate bestätigt. So verzeichnet man in der Nordwestschweiz einen Rückgang der Beschäftigung, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, eine Gewichtungsverschiebung der Beschäftigungskapazität von Gross- zu Klein- und Mittelbetrieben, einen Beschäftigungsabbau insbesondere in Branchen mit standardisierten Massenprodukten (Chemie, Banken), eine Beschäftigungszunahme bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen sowie eine Zunahme der Teilzeitarbeit.

Um die negativen Folgen dieses Strukturwandels zu mildern, werden im allgemeinen mehrere Strategien vorgeschlagen. So könnte z.B. die Arbeitszeit reduziert werden, um das abnehmende Arbeitsvolumen auf eine grössere Anzahl von Menschen zu verteilen. Diese in der Bundesrepublik Deutschland diskutierte und teilweise praktizierte Massnahme ist jedoch aus sozialen Gründen nicht unproblematisch. Auch vermag sie am grundsätzlichen Problem des abnehmenden Arbeitsvolumens nichts zu ändern. Um die Folgen der Arbeitslosigkeit und der unsicheren Arbeitsverhältnisse zu mildern, wird häufig ein Ausbau der staatlichen Leistungen propagiert. Angesichts knapper werdender staatlicher Mittel dürfte sich jedoch ein weiterer Ausbau des Sozialwesens als illusorisch erweisen. Vielmehr müsste über einen grundlegenden Umbau des Sozialwesens nachgedacht werden, welcher den Anforderungen der neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen gerecht wird. Da in Zukunft damit gerechnet werden muss, dass der Status der Erwerbstätigkeit immer seltener der eines Angestellten und immer häufiger der eines Selbständigen ist, muss sich das Sozialwesen schrittweise in eine Richtung entwickeln, welche eine hohe Flexibilität der individuellen Arbeitsgestaltung sowie die Anreize zur Selbstverantwortung intakt hält, gleichzeitig aber verhindert, dass Minderqualifizierte oder "Pechvögel" ins Bodenlose stürzen. Am besten und zu den geringsten Kosten leistet dies eine minimale Einkommensgarantie in Gestalt einer negativen Einkommenssteuer (Lutz 1997, 132).

Um die Möglichkeit von staatlichen Eingriffen ins Wirtschaftsgeschehen zu erhöhen, wird eine transnationale Politik gefordert. Als ordnungspolitisches Instrumentarium würden sich hier die Internalisierung externer Kosten anbieten.

Die vorangehenden Ausführungen zeigen, dass dem integrativen Denken in Zukunft eine steigende Bedeutung zukommt, denn die anstehenden Probleme sind miteinander vernetzt und können nicht mehr isoliert voneinander betrachtet werden. Der Geographie als traditionell integrativ arbeitender Disziplin obliegt es, durch die sog. laufende Raumbeobachtung im Sinne eines *Monitoring* gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen in ihren räumlichen Aspekten, Grundlageninformationen und Entscheidungshilfen beizusteuern.

Literatur

- Füeg R. 1997. Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 1995/1996. Sissach.
- Hegglin M. Hohes Tempo bei Novartis. Für die erfolgreiche Integration der beiden Konzerne spielt die Geschwindigkeit eine wichtige Rolle. In: Tages-Anzeiger vom 19. März 1997.
- Lutz C. 1997. Der Arbeitnehmer ist tot es lebe die Lebensunternehmerin! In: Zukunft der Arbeit. Stuttgart.
- OECD 1996. OECD Economic Outlook. Paris.
- Probst R.P. 1997. *Strukturwandel in der Region Herausforderung für KMU's*. In: Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 1995/96. Sissach.
- Rifkin J. 1996. Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt.
- Sassen S. 1996. Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt/Main.
- Schätzl L. 1996. Wirtschaftsgeographie 1. Theorie. Paderborn.
- Schweizerische Bankgesellschaft & Schweizerischer Bankverein 1997. UBS und SBC schliessen sich zusammen. Pressemitteilung. Zürich/Basel.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft 1997. Betriebszählung 1995. Ergebnisse für den 2. und 3. Sektor. Liestal.